

Für sozialen und ökonomischen Ausgleich – Wir schweigen nicht!

Solidaritätserklärung des Jungen DBSH zu den Aktionen am 19.03.2013

Am 19.03.2013, dem internationalen Tag der Sozialen Arbeit, finden in zahlreichen deutschen Städten, sowie weltweit, Veranstaltungen und Protestaktionen von Kolleg/innen aus der Sozialen Arbeit statt. Sozialarbeiter/innen gehen auf die Straße um auf soziale Missstände aufmerksam zu machen und ein Umdenken in Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einzufordern. Die „International Federation of Social Workers“ (IFSW) ruft ihre Mitgliedsorganisationen und alle in der Sozialen Arbeit Beschäftigten auf, den sozialen und ökonomischen Ausgleich zu fördern und einzufordern.

In Deutschland führen die zunehmende Ökonomisierung der Sozialen Arbeit und der Wandel vom Wohlfahrts- zum aktivierenden (Sozial)Staat zu tiefgreifenden Veränderungen, deren Folgen für die Menschen immer spürbarer werden. Das stetige Streben nach Profit und Rendite, nach mehr Effektivität und Effizienzsteigerung belastet zusehends den gesellschaftlichen Frieden. Die Menschen werden unter dem Leistungsdruck krank, haben Angst um ihre Existenz und sind wütend. Die gesellschaftlichen Veränderungen und damit verbundenen sozialen Probleme stellen die Profession vor neue Herausforderungen.

Die Soziale Arbeit steht zunehmend unter dem Druck, kostengünstig und nach betriebswirtschaftlichen Kriterien „effizient“ zu arbeiten. Hilfe ist jedoch nicht mehr gewährleistet, wenn Entscheidungen aufgrund von Kassenlage und nicht nach fachlicher Expertise getroffen werden. Kontinuität der Arbeit und Fachlichkeit dürfen nicht von der neoliberalen Ideologie des Senkens der Staatsausgaben im sozialen Bereich zerstört werden. Die Tendenz zu untertariflicher Bezahlung, Teilzeit- und befristeter Beschäftigung aufgrund steigenden Kostendrucks darf nicht schweigend hingenommen werden! Die Arbeitsbedingungen und desolaten Vergütungen (hoch-)qualifizierter Fachkräfte sind entwürdigend und sprechen für eine mangelnde Wertschätzung. Wir müssen uns empören über die Ungerechtigkeit und Ungleichheit in unserer Gesellschaft! Wir müssen uns empören über die Veränderung in unserer Gesellschaft und über die Bedingungen unter denen viele Menschen leben müssen!

Wir fordern eine Umgestaltung des Sozialstaates zurück zu einem sozialen und solidarischen Wohlfahrtsstaat, der sich an Menschenwürde und –rechten, nicht an ökonomischen Interessen ausrichtet¹. Die Soziale Arbeit darf nicht zum Handlanger neoliberaler Ideologie in der Sozialpolitik werden. Sie muss an die Öffentlichkeit treten, sich organisieren und ihr Schweigen brechen. Missstände müssen bekannt gemacht und bekämpft werden. Hierzu ist eine gesellschaftskritisch fundierte Ausbildung erforderlich, die auf der Sozialarbeitswissenschaft sowie den ethischen Grundlagen der Profession basiert und nicht von Bezugswissenschaften und betriebswirtschaftlichen Theorien dominiert wird.²

Wir rufen alle Kolleg/innen auf, sich nach ihren Möglichkeiten an den Aktionen zum 19.03.2013 zu beteiligen und zu zeigen, dass die Soziale Arbeit nicht länger bereit ist, die genannten Entwicklungen stillschweigend hinzunehmen! Wir treten ein für eine sozialere und solidarischere Gesellschaft und sagen den neoliberalen Entwicklungen den Kampf an! Organisiert euch und empört euch! Wir schweigen nicht länger!

Tobias Zinser
Beauftragter für den JDBSH

Jens M. Schneider

Hannes Wolf



¹ <http://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/Saarbruecker-Erklaerung.pdf>

² http://dbsh-nrw.de/fileadmin/webseite/pdf/Publikationen/Heidelberger_Erklaerung-2.pdf